

A 21NEU Dringlichkeitsantrag: Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie

Gremium: Stadtparteitag
Beschlussdatum: 01.12.2021
Tagesordnungspunkt: 0.3. Sonstiges

Antragstext

1 Die Corona-Situation in ganz Deutschland und auch in München spitzt sich derzeit
2 zu. Mit anhaltend täglich über 60.000 Neuinfektionen in Deutschland sind die
3 Infektionszahlen auf einem Höchststand seit Beginn der Pandemie. Die Tendenz ist
4 steigend.

5 Das bedeutet nach Aussagen des RKI-Chefs Lothar Wieler, dass bei den derzeitigen
6 Mortalitätsraten täglich 400 - 500 Personen an Corona sterben werden. Sowohl [er](#)
7 als auch [zahlreiche Wissenschaftler*innen der Leopoldina](#) appellieren sehr
8 eindringlich an die Politik, weitergehende Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-
9 Pandemie zu ergreifen. Auch Umfragen zeigen, dass sich eine deutliche Mehrheit
10 der Bevölkerung stärkere Infektionsschutzmaßnahmen [wünschen](#).

11 Selbst ohne die Unsicherheit der möglicherweise infektiöseren und den Impfschutz
12 umgehenden neu aufgetretenen Variante „Omikron“ zeigen die aktuellen Zahlen,
13 dass es nicht reicht, weitergehende Infektionsschutz-Maßnahmen auf Ungeimpfte zu
14 beschränken. Wir fordern im Folgenden deshalb auch stärkere Maßnahmen für
15 vollständig Geimpfte. Diese Einschränkungen für - und somit eingeforderte
16 Solidarität von - Geimpften muss jedoch damit einhergehen, dass bisher
17 Ungeimpfte ihren Beitrag zur Beendigung der Pandemie beitragen. Wir schließen
18 uns deshalb auch [der Forderung der Leopoldina](#) an, „die Vorbereitung zur
19 Einführung einer allgemeinen Impfpflicht unter Berücksichtigung der dafür
20 erforderlichen rechtlichen und sozialen Rahmenbedingungen“ in die Wege zu leiten
21 und möglichst bald umzusetzen.

22 Wir fordern, [dem Papier der Leopoldina](#) folgend:

23 1) Massive Verstärkung der Impfkampagne

- 24 • „Die Einbeziehung anderer Berufsgruppen in die Impftätigkeit (Apotheker,
25 Amtsärzte, Zahnärzte, Pflegekräfte und Hebammen), ggf. mit fachlicher und
26 logistischer Unterstützung der Bundeswehr, des THW und anderer anerkannter
27 privater Hilfsorganisationen in der Katastrophenvorsorge“

- „Eine weitere Verstärkung „aufsuchender Impfangebote“ an Orten mit hohem Personenaufkommen (z.B. Bahnhöfe, Ämter, Einkaufszentrum), an sozialen Brennpunkten, in Seniorenheimen sowie für Personen, die sich vornehmlich im häuslichen Bereich aufhalten“ (Quelle: [Papier Leopoldina](#))

Die Umsetzung der zweiten Maßnahme liegt zumindest in Teilen in städtischer Hand. Die Grün-Rosa Stadtratsfraktion hat dazu bereits Anträge gestellt und wird dieses Anliegen in den kommenden Tagen weiter vorantreiben. Für erstere appellieren wir an Bund und Land die entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen.

2) Deutliche Kontaktreduktion

Entsprechend der „Option 1: Sofortige umfassende Kontaktbeschränkungen, zumindest in Regionen mit hoher Inzidenz“ des [Papiers der Leopoldina](#), fordern wir den Freistaat auf, den Maßnahmenkatalog, der bisher für Städte und Landkreise mit einer Sieben-Tage-Inzidenz über 1.000 gilt, so bald wie möglich und bis Ende Dezember in München beziehungsweise in ganz Bayern umzusetzen.

Konkret bedeutet [dies](#):

- „Sämtliche Einrichtungen und Veranstaltungen, die bisher Zugangsbeschränkungen nach 2G plus / 2G / 3G plus / 3G unterliegen, sind geschlossen.
- Das bedeutet insbesondere die Schließung von Freizeit-, Kultur- und Sportveranstaltungen (*Anm.: insbesondere Fußballspiele*), der Gastronomie, des Beherbergungswesens, von körpernahen Dienstleistungen (ausgenommen Friseure), Sport- und Kulturstätten sowie – hinsichtlich ihrer Präsenzangebote – von Hochschulen, außerschulischen Bildungseinrichtungen und der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung.
- Die Schulen und Kindertagesstätten bleiben geöffnet. (*Anm.: siehe auch Punkt 3*)
- Der Groß- und Einzelhandel bleibt geöffnet, es gilt aber eine Kundenbegrenzung auf einen Kunden je 20 m² Ladenfläche sowie 2G Regel, mit Ausnahme der Grundversorgung.
- Medizinische, therapeutische und pflegerische Leistungen bleiben im Notfall wie immer weiterhin ohne Zugangsbeschränkung zugänglich. Außerhalb von Notfällen gilt die 3G Regel.“

3) Berücksichtigung der besonderen Situation von Kindern und Jugendlichen

62 Trotz einer Warnung, dass „die hohen Inzidenzen auch unter ihnen (*Anm.: Kinder*
63 *und Jugendlichen*) die Fälle von schweren Erkrankungen zunehmen“ lassen, schreibt
64 die [Lepoldina](#) die „Aussetzung der Präsenzpflicht und einen Wechselunterricht an
65 Schulen sowie die Schließung von Kitas sollten möglichst vermieden werden“.
66 Damit einher geht jedoch auch die Empfehlung der Impfung von Kindern und
67 Jugendlichen ab fünf Jahren und ein Vorziehen der Weihnachtsferien.

68 Wir schließen uns dieser Positionierung an. Die Stadtverwaltung erfährt seitens
69 der Grün-Rosa Stadtratsfraktion alle Unterstützung, um möglichst rasch
70 Impfmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche ab 5 Jahren aufzubauen. Wir
71 appellieren an den Freistaat, die Weihnachtsferien bereits ab Samstag, 18.
72 Dezember beginnen zu lassen.

73 Außerdem erkennen wir die rasante Prekarisierung der Situation junger Menschen
74 in Ausbildung und Studium und fordern die Bundesregierung zur schnellen,
75 unbürokratischen und elternunabhängigen Öffnung des BAföG als Vollzuschuss auf.

76 4) Heranziehen von zusätzlichen Krankenhaus-Kapazitäten

77 Wir fordern den Freistaat auf, den Katastrophenfall auf die höchstmögliche
78 Stufe „3b“ zu erhöhen. Dies bedeutet im Vergleich zur aktuell geltenden Stufe
79 des Katastrophenfalls, dass Krankenhäuser, die bisher keine oder nur wenige
80 Covid-19 Patient*innen behandeln, verpflichtet werden können, dies zu tun.

Begründung

erfolgt mündlich

A 1NEU2 Erhalt und Erweiterung der Lebensräume von Hecken und Stauden

Gremium: Stadtparteitag
Beschlussdatum: 28.11.2021

Antragstext

1 Bündnis 90/ Die Grünen München setzen sich für den Erhalt und die Erweiterung
2 der Lebensräume von Hecken und Stauden auf öffentlichen Grund ein. Dazu fordern
3 wir die Stadt auf bereits vorhandene Hecken und Stauden zu schützen und vor
4 allem dafür zu sorgen, dass die alljährlichen sogenannten Pflegemaßnahmen zu
5 keiner Einschränkung des Lebensraums und der Artenvielfalt führen.

6 Zudem fordern wir neue Flächen für die Entwicklung der Lebensräume von Hecken
7 und Stauden zu suchen und zu entwickeln.

8 Wir fordern im Detail:

- 9 • Den Erhalt von Hecken in einer Breite von mindestens 3 m, wenn möglich 5
10 m.
- 11 • Die sachgemäße Pflanzung von Hecken und Stauden gemäß ihrer
12 Lichtbedürfnisse
- 13 • Wegen der Widerstandsfähigkeit sollen Wildformen, autochthonischer
14 Herkunft gepflanzt werden, keine gärtnerischen Ziersorten
- 15 • Die Ausarbeitung eines Hecken- und Staudenkonzepts in Zusammenarbeit mit
16 den Naturschutzverbänden
- 17 • Stellen, an denen wegen der vorhandenen Spaten keine Bäumen gepflanzt
18 werden können, sollen statt dessen Hecken und Stauden gepflanzt werden

A 1NEU3 Erhalt und Erweiterung der Lebensräume von Hecken und Stauden

Gremium: Stadtparteitag
Beschlussdatum: 28.11.2021

Antragstext

1 Bündnis 90/ Die Grünen München setzen sich für den Erhalt und die Erweiterung
2 der Lebensräume von Hecken und Stauden auf öffentlichen Grund ein. Dazu fordern
3 wir die Stadt auf bereits vorhandene Hecken und Stauden zu schützen und vor
4 allem dafür zu sorgen, dass die alljährlichen sogenannten Pflegemaßnahmen zu
5 keiner Einschränkung des Lebensraums und der Artenvielfalt führen.

6 Zudem fordern wir neue Flächen für die Entwicklung der Lebensräume von Hecken
7 und Stauden zu suchen und zu entwickeln.

8 Wir fordern im Detail:

- 9 • Den Erhalt von Hecken in einer Breite von mindestens 3 m, wenn möglich 5
10 m.
- 11 • Die sachgemäße Pflanzung von Hecken und Stauden gemäß ihrer
12 Lichtbedürfnisse
- 13 • Wegen der Widerstandsfähigkeit sollen Wildformen, autochthonischer
14 Herkunft gepflanzt werden, keine gärtnerischen Ziersorten
- 15 • Die Ausarbeitung eines Hecken- und Staudenkonzepts in Zusammenarbeit mit
16 den Naturschutzverbänden
- 17 • Stellen, an denen wegen der vorhandenen Spaten keine Bäumen gepflanzt
18 werden können, sollen statt dessen Hecken und Stauden gepflanzt werden

A 3NEU2 Fusion der Arbeitskreise "Tierschutz" und "Ernährung"

Gremium: Stadtparteitag

Beschlussdatum: 28.11.2021

Antragstext

- 1 Die Arbeitskreise AK Tierschutz und AK Ernährung werden zusammengelegt zu einem
- 2 neuen "Arbeitskreis Tierschutz und Ernährung"

A 4NEU Umbenennung des AK Klima

Gremium: Stadtparteitag

Beschlussdatum: 28.11.2021

Antragstext

- 1 Der Arbeitskreis Klima wird umbenannt in „AK Klima, Umwelt und Natur“.

A 5NEU Vorbildlicher Baumschutz - Ein Beitrag zur Klimaneutralität

Gremium: Stadtparteitag
Beschlussdatum: 28.11.2021

Antragstext

1 Die Grünen München setzen sich als Partei gemeinsam mit der Stadtratsfraktion
2 und den Bezirksausschussfraktionen dafür ein, Baumschutz als übergeordnetes
3 Anliegen wahrzunehmen, wenn die Landeshauptstadt oder ihre städtischen
4 Tochtergesellschaften Bäume fällen.

5 Dabei soll es keine Rolle spielen, ob wegen Baumaßnahmen oder Baustellen Bäume
6 gefällt werden müssen und ob die zu fällenden Bäume der Baumschutzverordnung
7 unterliegen.

8 Wo die Stadt Bäume fällt, müssen diese verpflichtend und sowohl in Anzahl als
9 auch insbesondere im Grünvolumen ersetzt werden.

10 Die Stadt pflanzt größtmögliche Bäume nach und sie pflanzt so viele Bäume nach,
11 wie möglich. Wenn dies nach Baustellen- oder Baumaßnahmen-Rückbau vor Ort nicht
12 möglich ist, gleicht die Stadt mit Ersatzpflanzungen an anderen Orten und
13 mindestens unter Berücksichtigung des verlorenen Grünvolumens aus.

14 Unabhängig von der Baumschutzverordnung betrachtet die Stadt alle Bäume auf
15 öffentlichem Grund als ersatzpflanzungswürdig.

Begründung

München hat den Klimanotstand ausgerufen und will bis 2035 klimaneutral sein. Aktuell verliert die Stadt insgesamt jährlich ca. 2.000 Bäume, trotz positiver Baumbilanz im öffentlichen Raum. Das liegt mit wenigen Ausnahmen daran, dass die Verpflichtung zu Ersatzpflanzungen gefällter Bäume auf Privatgrund auf Grund personeller Ressourcen nicht in Gänze eingefordert und kontrolliert werden kann.

Anders ist das auf städtischem Gelände, auf öffentlichem Grund. Hier muss die Stadt mit bestmöglichem Beispiel vorangehen und noch mehr tun, als sie müsste.

Jede Baustelle, auf der Bäume gefällt werden müssen, muss in der Planung daraufhin geprüft werden, ob

nach Rückbau mehr Platz für Bäume geschaffen werden kann.

Bei Baumaßnahmen wird bereits bei Planungsbeginn erhöht Wert darauf gelegt, Baumfällungen zu vermeiden. Verkehrsumleitungen müssen auch bei höheren Kosten gegenüber Baumfällungen bevorzugt werden, so sie möglich sind.

Der Klimaschaden ist am Ende teurer, als einmalig höhere Kosten für die temporäre Verlegung von Fahrbahnen oder ÖPNV-Haltestellen. Dieser Abwägung hat sich die Stadt mit der Ausrufung des Klimanotstands verpflichtet. Der Druck auf die betreffenden Referate muss erhöht werden, um den Baumverlust zu bremsen und als Landeshauptstadt München vorbildlich zu agieren.

Antragsteller*innen:

Stadtvorstand, Mona Fuchs, Anna Hanusch, Julia Post, Christian Smolka, Florian Schönemann, Angelika Pilz-Strasser, Bille Stöhr (Stadträt*innen)

A 5NEU2 Vorbildlicher Baumschutz - Ein Beitrag zur Klimaneutralität

Gremium: Stadtparteitag
Beschlussdatum: 28.11.2021

Antragstext

1 Die Grünen München setzen sich als Partei gemeinsam mit der Stadtratsfraktion
2 und den Bezirksausschussfraktionen dafür ein, Baumschutz als übergeordnetes
3 Anliegen wahrzunehmen, wenn die Landeshauptstadt oder ihre städtischen
4 Tochtergesellschaften Bäume fällen.

5 Dabei soll es keine Rolle spielen, ob wegen Baumaßnahmen oder Baustellen Bäume
6 gefällt werden müssen und ob die zu fällenden Bäume der Baumschutzverordnung
7 unterliegen.

8 Wo die Stadt Bäume fällt, müssen diese verpflichtend und sowohl in Anzahl als
9 auch insbesondere im Grünvolumen ersetzt werden.

10 Die Stadt pflanzt größtmögliche Bäume nach und sie pflanzt so viele Bäume nach,
11 wie möglich. Wenn dies nach Baustellen- oder Baumaßnahmen-Rückbau vor Ort nicht
12 möglich ist, gleicht die Stadt mit Ersatzpflanzungen an anderen Orten und
13 mindestens unter Berücksichtigung des verlorenen Grünvolumens aus.

14 Unabhängig von der Baumschutzverordnung betrachtet die Stadt alle Bäume auf
15 öffentlichem Grund als ersatzpflanzungswürdig.

**A 6NEU2 Anwendung der Vorkaufsrechte in Erhaltungssatzungsgebieten
sichern: Klarstellung des § 26 Abs 4 BauGB und damit bezahlbaren
Wohnraum erhalten und Milieuschutz sichern**

Gremium: Stadtparteitag
Beschlussdatum: 28.11.2021

Antragstext

1 **Der Stadtparteitag möge beschließen:**

2 Die Grünen München, insbesondere der KV München, die Münchner MdBs und die
3 Münchner Stadtratsfraktion werden gebeten, bei der Grünen Bundestagsfraktion,
4 insbesondere beim Grünen Ampel-Kern-Verhandlungsteam darauf hinzuwirken, dass
5 der § 26, Abs 4 BauGB mit folgendem Satz ergänzt wird: „Dies gilt nicht in
6 Gebieten nach § 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2.“

A 7NEU2 Elektrokleingeräte lokal sammeln, wieder aufbereiten und global wertvolle Ressourcen schützen!

Gremium: Stadtparteitag
Beschlussdatum: 28.11.2021

Antragstext

Antragstext

Die Stadtratsfraktion Grüne/Rosa Liste wird gebeten, nach dem Stadtparteitag am 27./28.11.2021, die Stadt München dazu aufzufordern, analog zur Zero-Waste-Strategie der AWM und dem Circular-Economy-Konzept das Thema "Elektrokleingeräte im Abfallwirtschaftssystem der Stadt München" in der Abfallwirtschaftsstrategie in den Fokus zu rücken und geeignete Maßnahmen zu entwickeln, um die Sammelquote in München zu verbessern.

Ziel soll sein, die Bürger:innen stärker auf die Ressourcen-Problematik aufmerksam zu machen und gleichzeitig durch geeignete stärkere Partizipation der Bürger:innen, z.B. durch einen Mikro-Bürger:innenrat eine bessere Sammelquote zu erzielen.

Folgende Maßnahmen werden gefordert:

- ein Mikrobürger:innenrat mit Planungszelle: Es wird vorgeschlagen, 15 Mitglieder (oder deren Vertreter:innen) aus dem neu gegründeten Klimarat auszulosen, diese beraten daraufhin innerhalb eines Tages über die Problematik der Elektroschrott
- niederschwellige Sammlungsmöglichkeiten: z.B. isolierte Container oder Abgabeautomaten für Elektrokleingeräte
- Elektrokleingeräte in der bisherigen Abfallwirtschaft ausreichend mitdenken
- Geräte der öffentlichen Stellen auf Nachhaltigkeitsindikatoren prüfen
- Geräte von Refurbed-Resellern mitbedenken bzw. Gebrauchtgeräte an Refurbed-Hersteller übergeben
- AWM-Infovideo zur Wiederaufbereitung und Weiterverarbeitung von Elektroaltgeräten erstellen

Begründung

Begründung

Pro Jahr werden in Deutschland 10,3 kg Elektroaltgeräte recycelt. Seit 2011 ist der Pro-Kopf-Anteil von 3,8 kg innerhalb Bayerns auf 7,7 kg im Jahr 2019 gestiegen. In München wurden 2019 5 kg pro Kopf an Elektroaltgeräten recycelt. Die Sammelmenge der Elektroaltgeräten in München betrug im Jahr 2020 **7.740,03 t**. Davon beläuft sich der Anteil der Elektrokleingeräte immerhin auf **2.969,71 t**. Außerdem wurde die EU-weit verbindliche Sammelquote für EU-Mitgliedstaaten 2019 auf 65% erhöht, Deutschland scheiterte schon 2018 an 45%. Daran sollte sich etwas ändern. München will als Millionenmetropole ein Vorbild in Sachen Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz sein. Dass München die sozio-ökologische Transformation ernst nimmt, beweisen die Bestrebungen zur Zero Waste City und zur Circular Economy seit 2019. Daher dürfen hier auch die Elektrokleingeräte nicht vergessen werden.

Hinzu kommt, dass die Kreislaufwirtschaft bei den Elektrokleingeräten meist bei Stufe 2 - dem Ausbau der Einzelteile - endet. Nicht funktionsfähige Platinen müssen umfassender wiederaufbereitet werden, um vollständig in eine Kreislaufwirtschaft übernommen werden zu können.

Daher fordern wir zusätzlich zu dem Beschluss zur Circular Economy eine kommunale Initiative für Elektroaltgeräte, um die Wiederaufbereitung der Geräte lokal zu sichern. Um unseren kommunalen Beitrag zu leisten, bundesweit den EU-Vorgaben langfristig entsprechen zu können, brauchen wir kommunale Zielsetzungen zu Sammel- und Recyclingquoten sowie breit verteilte Sammelstellen für alle Bürger:innen, um einen möglichst niederschweligen Zugang zur Sammlung zu gewährleisten. Möglich wäre hier auch ein städtisches Reward-System an Wertstoffhöfen. Auch der Einsatz von Refurbed- und Leihgeräten in der Verwaltung und öffentlichen Stellen sollte selbstverständlich sein.

Hinzu kommt das regionale Fördern von innovativen Ansätzen und Initiativen im Bereich der Circular Economy, die die Wiederaufbereitung von Metallen und Seltenen Erden sowie neue Ansätze im Herstellungsprozess und Produktdesign überhaupt erst möglich machen.

A 8NEU2 Antrag die digitale Infrastruktur des KV Münchens auf die Verringerung der Co2 Bilanz zu prüfen. Zero Waste und Carbon Zero auch im Digitalen mitdenken.

Gremium: Stadtparteitag
Beschlussdatum: 28.11.2021

Antragstext

1 Der Vorstand wird aufgefordert, nach dem Stadtparteitag die digitale
2 Infrastruktur des KV Münchens auf die Verringerung der CO2-Bilanz zu prüfen.
3 Dies bedeutet, dass wir als AK Digitales fordern, dass die digitalen
4 Strukturen/Kollaborationstools ebenso wie bereits für die Webseite des KVs
5 angedacht, nachhaltig und CO2 leichter gestaltet werden. Wir als Grüne Partei
6 sollten hier als überzeugendes Beispiel vorangehen und zeigen, wie man digitale
7 Kommunikation klimabewusst, schlank, transparent und widerstandsfähig gestaltet.
8 Damit kann ein noch nicht ausgeschöpfter Beitrag zur CO2-Neutralität geleistet
9 werden, ohne dass dabei auf Qualität oder Funktionalität verzichtet werden muss.
10 Anspruch sollte selbstverständlich auch sein, digitales nachhaltig und
11 barrierefrei zu denken.

12
13 **Zielsetzung** Ziel des Antrages ist es, die Partei sowie ihre Mitglieder darauf
14 aufmerksam zu machen, dass auch unser digitales Handeln möglichst klimapositiv
15 gestaltet werden muss. Der Vorstand wird gebeten, hier durch parteiinterne
16 Maßnahmen Handreichungen zur Information und Bewusstmachung für alle
17 interessierten Mitglieder zur Verfügung zu stellen.

18
19 **Folgende Schritte sehen wir beispielsweise konkret:**

20 1. Prüfung und eventuelle Komprimierung der gespeicherten Cloud-Daten

21 2. Video-Streaming bei Veranstaltungen und Videokonferenztools, so
22 einstellen, dass die Video-Qualität für das verwendete Gerät angepasst
23 werden kann, z.B. Zoom-Accounts auf Originalverhältnis einstellen nicht
24 HD.

25 3. Newsletterversand - Verteilerpflege, Bilder-Größen überprüfen

- 26 4. Prüfen der Notwendigkeit des Speicherns von großen Dateien z.B. ab 1 GB
- 27 5. Nutzung von temporären-Ordner: Selbstständige Löschung von Dateien nach 3
28 Monaten anbieten, statt unbegrenzte Speicherung
- 29 6. Durchführung eines innerparteilichen Digital Clean Up Days für nicht mehr
30 benötigte Daten einmal pro Jahr, um Datenmüll zu entsorgen (auch für Files
31 für Parteizwecke auf privaten Festplatten/Servern/Postfächern)
- 32 7. Entwickeln von barrierefreien Leitfäden für grüne Mitglieder, um im digitalen
33 Alltag klimabewusst handeln zu können.

A 10NEU Keine massive Okkupation des öffentlichen Raums durch die IAA mehr!

Gremium: Stadtparteitag
Beschlussdatum: 28.11.2021

Antragstext

1 Der Stadtparteitag möge beschließen:

2 Die Münchner Grünen stehen für eine konsequente Mobilitätswende, die auf klima-
3 und umweltschonende Mobilitätsformen setzt. Die bisher auf Bundes- und
4 Landesebene sowie vom VDA verfolgte Politik einer Förderung von Autos mit
5 Verbrennungsmotoren lehnen wir ab.

6 Die IAA Mobility hat 2021 in München unter Nutzung zentraler öffentlicher Plätze
7 stattgefunden. Die Nutzung des öffentlichen Raumes für die Ausstellung von
8 Fahrzeugen und Individualinteressen darf nicht mehr ohne öffentliche Debatte im
9 Vorhinein stattfinden. Beschlüsse zur Nutzung der Münchner Plätze dürfen nicht
10 mehr hinter verschlossenen Türen in nicht-öffentlichen Sitzungen des Stadtrats
11 oder aber von Messe München und dem Referat für Arbeit und Wirtschaft getroffen
12 werden. Den Münchner Bürger*innen muss die Möglichkeit gegeben werden, nicht
13 erst die Ergebnisse zu diskutieren, während oder nachdem die IAA stattfindet
14 bzw. stattgefunden hat, sondern müssen bereits im Vorfeld mitdiskutieren und -
15 gestalten können.

16 Die massive Okkupation des öffentlichen Raums durch die IAA Mobility 2021 darf
17 sich nicht wiederholen! Die Grünen München lehnen die Nutzung des öffentlichen
18 Raums in der Form für die kommende IAA im Jahr 2023 sowie die Option, die IAA im
19 Jahr 2025 erneut stattfinden zu lassen ab.

20 Die Landeshauptstadt München hat sich zwar für die nächste Ausgabe der IAA
21 verpflichtet und dieser vertraglichen Verpflichtung muss die Landeshauptstadt im
22 Grundsatz nachkommen. Es ist aber derzeit nicht klar, wie und in welcher Form
23 die Nutzung des öffentlichen Raumes vertraglich geregelt ist.

24 Auch die Einrichtung einer Blue Lane ist nicht im Interesse der Grünen München
25 und soll in den Folgejahren nicht unterstützt werden.

26 Die Grünen München fordern die anteilige Offenlegung der Verträge zwischen dem
27 Verband der Automobilindustrie e.V. und der Messe München GmbH – insbesondere
28 jener Stellen des Vertragswerks, welche die Nutzung der öffentlichen Räume
29 betreffen.

30 **Proteste gegen die IAA**

31 Zur Demokratie gehört der Protest. Friedliche, kreative Protestformen, bei denen
32 niemand zu Schaden kommt, müssen erlaubt und möglich sein und sind legitim und
33 notwendig. Die Grünen München begrüßen es, dass die Zivilgesellschaft sich
34 einmischt und Position bezieht bei dem wichtigen Thema Mobilität – denn davon
35 sind alle Menschen betroffen und die Regierung in Bund und Land hat es bis heute
36 nicht geschafft, Mobilität sozial, klimagerecht und für alle attraktiv zu
37 gestalten. Klar ist auch: Ohne den Protest der Zivilgesellschaft hätte die
38 notwendige Transformation der (Automobil)-Industrie während der letzten Jahre
39 auf keinen Fall derart an Geschwindigkeit gewonnen.

40 Die Grünen München unterstützen die grün-rosa Stadtratsfraktion in ihrem
41 Anliegen, gewaltfreie Proteste nicht durch verwaltungsrechtliche Hürden massiv
42 einzuschränken, sondern dass das Recht, das den Protestierenden zusteht,
43 wahrgenommen werden kann. Zudem kritisieren wir das Vorgehen des KVR,
44 unverhältnismäßig strenge Auflagen gegen die Proteste erlassen zu haben,
45 besonders gegenüber Mobilitätswende-Camp und Radsternfahrt, während gleichzeitig
46 der IAA in ihren Open Spaces massive Eingriffe in den öffentlichen Raum gewährt
47 wurden.

48 Wir unterstützen die Bestrebungen der grünen Landtagsfraktion den Polizeieinsatz
49 der vergangenen IAA parlamentarisch aufzuklären.

50 **Mobilitätskongress aufwerten**

51 Die Grünen München fordern den Stadtrat auf, den Mobilitätskongress aufzuwerten.
52 Es braucht vielfältige Angebote der Zivilgesellschaft, mehr Platz und
53 Sichtbarkeit im öffentlichen Raum, längere Planungsvorläufe und ein
54 Marketingkonzept, das nicht nur die Fachkreise anspricht, sondern die gesamte
55 Münchner Bürger*innenschaft. Hier müssen alle Akteur*innen des Umweltverbundes
56 eingebunden und unterstützt werden. Von Bahn über den ÖPNV, Fahrrad bis zum
57 Fußverkehr und die dafür eintretenden Organisationen und Verbände.

58 Die Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen soll frühzeitig
59 passieren und ihnen auf dem Kongress ausreichend Raum für Ideen und Konzepte
60 geboten sein. Zudem soll gerade die Bürger*innenbeteiligung bei Kongress
61 gefördert werden.

62 Es soll es ein Mobilitätskongress für alle werden: auf einer solchen Messe
63 sollen auch Punkte wie Inklusion mitgedacht werden und aufgezeigt, wie man eine
64 Mobilitätswende für alle gestalten kann.

A 11NEU Nachlese zur IAA mobility 2021

Gremium: Stadtparteitag
Beschlussdatum: 28.11.2021

Antragstext

- 1 1. Die Münchner GRÜNEN beschäftigen sich intensiv und aufrichtig damit, wie es –
2 zumindest aus ur-GRÜNER Sicht – zu einer solch massiven Okkupation des
3 öffentlichen Raums durch die deutsche Autoindustrie im Herzen Münchens kommen
4 konnte.
- 5 2. Die GRÜNE Stadtratsfraktion wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass
6 sich eine derartige Besetzung des öffentlichen Raums mit entsprechenden
7 wochenlangen Nachteilen für den innerstädtischen Fuß- und Radverkehr 2023 nicht
8 wiederholt. Insbesondere muss der ausufernden Produktwerbung der Autoindustrie
9 Einhalt geboten werden. Wünschenswert wäre der vollständige Verzicht auf den
10 „IAA open space“ im Münchner Zentrum, wenn vertraglich noch möglich.
- 11 3. Die GRÜNE Stadtratsfraktion wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass
12 die
13 Verlängerungs-Option IAA 2025 nicht umgesetzt wird, das heißt, dass es keine IAA
14 2025 oder später in München mehr geben wird. Die Stadtversammlung der Münchner
15 GRÜNEN wird regelmäßig über die o.g. Aktivitäten und Erfolge durch die
16 Stadtratsfraktion unterrichtet.
- 17 4. Stattdessen wird eine zukunftsfähige Mobilitätsplattform (z. B.
18 Mobilitätskongress mit begleitender Messe) nach dem Leitbild „München
19 Modellstadt 2030“ durch die LHM und die Messe München konzeptionell entwickelt
20 und baldmöglichst umgesetzt. Beteiligt werden sollen dabei alle „Player“ im
21 umweltbewussten Mobilitätsbereich (Bahn, ÖPNV, Fahrrad, Fußverkehr und die dafür
22 eintretenden Organisationen und Verbände) mit der Schwerpunktsetzung
23 „zukunftsfähige, flächensparende und klimaschonende Mobilität im urbanen Raum“.
24 Der Verband der Automobilindustrie (VDA) darf dabei keine herausgehobene Rolle
25 als Veranstalter mehr spielen.
26 Die Münchner Grünen stellen dazu fest, dass die Bemühungen der
27 Automobilindustrie bisher nicht ausreichend sind, um eine echte Mobilitätswende
28 zu ermöglichen. Bisherige Bestrebungen zielen besonders auf eine Antriebswende
29 ab, diese kann jedoch langfristig nicht ausreichend sein, da sie grundlegende
30 Probleme wie auch z. B. den Platzmangel in Städten und Flächenversiegelung nicht
31

32 zu lösen vermag. Wir fordern daher, dass eine weitere Ausrichtung der Messe
33 einhergeht mit einem bewussten und deutlich sichtbaren Bekenntnis zu einer
34 echten Verkehrswende.

35

36 5. Die GRÜNE Stadtratsfraktion setzt sich nach Kräften dafür ein, dass bei der
37 IAA 2023 (und anderen Veranstaltungen) gewaltfreie klimaschützende junge und
38 ältere Menschen bei ihren Aktivitäten durch die Stadtspitze unterstützt und
herzlich willkommen geheißen werden.

A 15NEU Aktuelles Leerstands-Potential als Lösung für Wohnraumknappheit nutzen

Gremium: Stadtparteitag
Beschlussdatum: 28.11.2021

Antragstext

1 Die grünen Mitglieder in München - insbesondere im Stadtrat - werden gebeten,
2 sich der intensiven Ausarbeitung und Auseinandersetzung mit alternativen
3 Möglichkeiten zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zu widmen. Wir Grüne haben
4 uns vorgenommen, in Zusammenarbeit mit Ländern und Kommunen den Ausbau zu
5 günstigem Wohnraum zu fördern [1], jedoch umfasst dieses Ziel bislang keine
6 verbindlichen **Maßnahmen im Umgang mit Leerstand**. Die derzeit festgelegten Ziele
7 für eine angestrebte Wärme- und Bauwende (z.B. Klima-Sanierungs- offensive bei
8 Gebäuden) müssen dringend um eine **Handlungsstrategie der Nutzbarmachung von**
9 **gebauten Raumressourcen** ergänzt werden, insbesondere bei **Büroleerstand** (infolge
10 der Zunahme des Homeoffice). Diesen Leerstand gilt es im Sinne des Rechts auf
11 Wohnen kommunal zu erfassen und auf Wohntauglichkeit bzw. Umnutzung zu Wohnraum
12 zu prüfen.

13 Deshalb werden vor allem unsere Stadträt*innen gebeten, sich aktiv für eine
14 **verpflichtende, kommunale Leerstandserfassung** einzusetzen, die sich nicht mehr
15 auf dem ehrenamtlichen Engagement der Bürger*innen ausruht. Da die Beschaffung
16 und Integration realer Daten der Stadt einen enormen Aufwand bedeutet, kann die
17 **Datenerfassung per „Digitalem Zwilling München“** erleichtert werden [2]. Eine
18 **Verschärfung der Zweckentfremdungssatzung auf längerfristig ungenutzte**
19 **Gewerbeobjekte** wäre mittelfristig zu empfehlen. Um in München langfristig eine
20 **nachhaltige Bauwende** einzuleiten, wird der Stadtverwaltung der regelmäßige und
21 intensive Austausch mit Expert*innen des Architects4Future- Bündnisses München
22 nahegelegt.

23 [1] <https://www.gruene.de/themen/wohnen>

24 [2] <https://muenchen.digital/twin/>

A 18NEU Freie Fuß- und Radwege sicherstellen

Gremium: Stadtparteitag

Beschlussdatum: 28.11.2021

Antragstext

- 1 Die Grünen München und ihre Mandatsträger*innen wirken darauf hin, dass Geh- und
- 2 Radwege hinreichend kontrolliert werden, damit diese frei von haltenden oder
- 3 parkenden KfZ bleiben und eine sichere Benutzung sowie freie Sichtbeziehungen an
- 4 Kreuzungen und Einfahrten möglich werden.

SF 1NEU Erhöhung des Mindestbeitrags

Gremium: Stadtparteitag
Beschlussdatum: 27.11.2021

Antragstext

1 Ab Januar 2022 beträgt der Mindestmitgliedsbeitrag im KV München-Stadt 7€
2 monatlich.

3 Der*die Schatzmeister*in beschließt weiterhin über Ausnahmen hiervon aufgrund
4 von persönlichen finanziellen Engpässen. Anträge hierzu sind formlos bei der
5 Geschäftsstelle per Mail einzureichen.

Begründung

Jeder Grüne Kreisverband muss für jedes Mitglied monatlich einen bestimmten Betrag an Landes- und Bundesverband abführen. Für 2021 handelt es sich um monatlich 5,81€, weshalb bisher ein Mindestbeitrag von 6€ für die Mitgliedschaft im Kreisverband angesetzt war. Der abzuführende Betrag errechnet sich aus dem bundesweiten durchschnittlichen Mitgliedsbeitrag, der im Laufe des Jahres 2021 gestiegen ist, da viele Neumitglieder in die Partei eingetreten sind, die im Durchschnitt einen höheren Mitgliedsbeitrag als bisherige Mitglieder zahlen. Daher erhöht sich der monatlich pro Mitglied abzuführende Betrag ab 2022 auf 6,46€. Als Konsequenz soll daher der Mindestbeitrag auf 7€ gesetzt werden, um nicht monatlich ein Minus bei einem regulären Mitgliedsbeitrag zu machen.

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass Mitgliedsbeiträge die wichtigste Säule der Finanzierung unseres Kreisverbands sind. Wir sind auf den solidarischen Beitrag jedes Mitglieds angewiesen. Daher bitten wir euch sehr darum, euren Mitgliedsbeitrag wie in unserer Satzung festgelegt, auf 1% eures monatlichen verfügbaren Einkommens zu setzen. Um euren Mitgliedsbeitrag anzupassen, schreibt bitte eine formlose Mail an tom.zipfel@gruene-muenchen.de. Vielen Dank!

SF 2NEU Sondermitgliedsbeitrag MdBs und MEPs des KV München

Gremium: Stadtparteitag
Beschlussdatum: 27.11.2021

Antragstext

1 Der Kreisverband möge beschließen:

2 Mitglieder des KV München, die gewähltes Mitglied des Europaparlaments sind,
3 zahlen einen monatlichen Sondermitgliedsbeitrag von 100€ an den Kreisverband.

4 Mitglieder des KV München, die gewähltes Mitglied des deutschen Bundestags sind,
5 zahlen ab November 2021 einen monatlichen Sondermitgliedsbeitrag von 200€ an den
6 Kreisverband. Nachdem in der Grünen Partei eine Reform der
7 Finanzierungsstrukturen zwischen Bundes-, Landes- und Kreisverbänden
8 stattgefunden hat, wird die Höhe des Sondermitgliedsbeitrags reevaluiert.

Begründung

Sondermitgliedsbeiträge von Grünen Mandatsträger*innen sind eine wichtige Säule der Finanzierung unserer gesamten Partei, aber auch des Kreisverbands. Bei uns Grünen müssen Kandidierende dem Prinzip nach nicht den Wahlkampf aus eigener Tasche zahlen, sondern die Partei zahlt zu großen Teilen den Wahlkampf und die Kandidat*innen zahlen, nachdem sie erfolgreich ein Mandat errungen haben, einen Sondermitgliedsbeitrag. Seit der Bundestagswahl 2021 haben wir in München 3 MdBs und wollen dieses Potenzial nutzen, um die Rücklagenbildung für die nächsten Wahlkämpfe solide aufzustellen.